

01/2017

**fdplus**



## Die Operation kleine Bundestagswahl

### Ehrung für Genscher

Parteizentrale nach Hans-Dietrich Genscher benannt

### Schicksalswahlkampf

Vorbereitungen sind bereits in vollem Gange

### Volk von Eigentümern

FDP-Fraktionen wollen Wohneigentum fördern

Wer kann Bildung?  
Wie geht Sicherheit?  
Was ist Freiheit?



Freiheit .org

## Die letzte Etappe auf dem Weg zur Bundestagswahl



Nils Droste  
Chefredakteur

Für die Freien Demokraten ist das entscheidende Jahr angebrochen. Der Weg dorthin war lang: Er führte über den Leitbildprozess, die Eisbrecher-Wahl und die Länderwende. Jetzt folgt die letzte Etappe auf dem Weg zur Bundestagswahl. Auf ihr liegen die Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Die Operation kleine Bundestagswahl ist deshalb der Schwerpunkt dieser Ausgabe. Darin lesen Sie, wie Wolfgang Kubicki und Christian Lindner Wahlerfolge einfahren wollen. In der digitalen Ausgabe finden Sie zusätzlich Artikel über den Umgang mit dem türkischen Präsidenten und das neue FDP-Gesellschaftsforum. Darüber hinaus haben wir mit dem Neumitglied Alexander Kenderdine über seinen Eintritt und Mitgliedergewinnung gesprochen. Auch berichten wir über die Ehrung Hans-Dietrich Genschers, die Vorbereitungen für den Bundestagswahlkampf und den Vorschlag der FDP-Fraktionen zur Wohneigentumsbildung. Für die richtige Einstellung sorgt das Plädoyer von Karl-Heinz Paqué. Wir freuen uns auf Ihr Feedback. Schreiben Sie mir einfach an [droste@fdplus.de](mailto:droste@fdplus.de).

Ihr





### Die Operation kleine Bundestagswahl

Neue Wahlerfolge schaffen vielversprechende Ausgangslage für die Bundestagswahl

#### 5 Meldungen

#### 6 Die Operation kleine Bundestagswahl

#### D1 Die EU-Beitrittsgespräche mit Ankara müssen beendet werden

#### D3 Für eine freiheitliche Gesellschaft und eine gemeinsame Zukunft

Gesellschaftsforum mit zahlreichen Persönlichkeiten ins Leben gerufen.

#### 10 Freie Demokraten ehren Genscher und sein Vermächtnis

Gedenken mit einer Feierstunde und einem neuen Namen für die Parteizentrale.

#### 12 „Ich kann nur allen empfehlen, nehmt den Hörer in die Hand und ruft an“

Interview mit dem Neumitglied Alexander Kenderdine zur Mitgliedergewinnung.

#### 14 Der Schicksalswahlkampf der Freien Demokraten

#### 16 Ein Plädoyer für Engagement, Leidenschaft und Überzeugungskraft

#### 18 Für ein Volk von Eigentümern: Immobilienerwerb erleichtern

Der Vorschlag der FDP-Fraktionen zur Förderung der eigenen vier Wände.

### Dreikönigskundgebung: Bereit für 2017

„Wenn die Welt verrückt geworden ist, dann könnt ihr ja mal wieder was Vernünftiges wählen“, so beendete Christian Lindner unter Applaus seine Rede vor den rund 1.400 Besuchern der diesjährigen Dreikönigskundgebung. Begrüßt hatte Gastgeber Michael Theurer. Danach sprach Hans-Ulrich Rülke, bevor die Spitzenkandidaten der Landtagswahlen 2017 zu Wort kamen. Wolfgang Kubicki und Oliver Luksic präsentierten sich optimistisch und angriffslustig. Lindner verdeutlichte in seiner Rede, was die Menschen in Deutschland von der FDP erwarten können: „Wir sagen den Menschen in der Mitte der Gesellschaft: Jetzt geht es mal um Dich. Um dein Recht, im Hier und Jetzt glücklich zu werden.“



Christian Lindner redet im vollbesetzten Stuttgarter Opernhaus

### Freie Demokraten feiern Kinkels 80. Geburtstag

Der frühere Bundesaußenminister und FDP-Bundesvorsitzende Klaus Kinkel ist 80 Jahre alt geworden. Dies nahmen die Freien Demokraten zum Anlass, um mit Kinkel in Berlin zu feiern und seine Verdienste um Deutschland und Europa zu würdigen. Mit dabei waren zahlreiche Gäste und politische Weggefährten wie Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. Kinkel habe sich „um diese Partei, aber vor allen Dingen auch um unser Land hoch verdient gemacht“, sagte Christian Lindner in seiner Laudatio. „Er verkörpert vieles von dem, was wir brauchen: Vernunft, Offenheit und Toleranz“, betonte Schäuble. In diesen gefährlichen Zeiten sei Kinkels Bekenntnis zu Europa und dessen Grundwerten nötiger denn je.



Klaus Kinkel spricht zu den Gästen

### Politikawards für die Freien Demokraten

Beim Politikaward 2016 haben die Freien Demokraten gleich mehrere Preise eingheimst. Sie waren fünfmal nominiert – und wurden dreimal geehrt. Allen voran Christian Lindner: Er erhielt die Auszeichnung als „Politiker des Jahres“. Die Jury begründete ihre Entscheidung mit der führenden Rolle Lindners bei der Erneuerung der FDP. Als kämpferischer Redner habe er seiner Partei neues Profil und Selbstbewusstsein gegeben. Der Bundesvorsitzende bedankte sich beim „tollen Team“ der Freien Demokraten: „Der Preis gehört Euch allen!“ Ein weiterer Grund zur Freude: In der Kategorie „Agentur des Jahres“ gewann Heimat den Politikaward. Zudem wurde die Wahlkampfaktion der FDP Berlin zum Brexit in der Kategorie „Virale Kommunikation“ ausgezeichnet.



Freie Demokraten beim Politikaward 2016

Herausgeber: FDP-Bundespartei | Chefredakteur: Nils Droste | Chef vom Dienst: Roland Kowalke | Redaktion: Dr. Franziska Assmann, Doris Bergmann, Thomas Diener, Dr. Thomas Hahn, Caitlin Hardee, Petra Horstick, Fabienne Kröber, Maria Wandel | Anschrift: Hans-Dietrich-Genscher-Haus, Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin, E-Mail: kowalke@fdplus.de, Telefon: (030) 28 49 58 46, Telefax: (030) 28 49 58 42 | Verlag, Gestaltung und Gesamtherstellung: Universum Kommunikation und Medien AG, Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin, Anzeigen: iden@fdplus.de, Telefon: (030) 28 49 58 38, Telefax: (030) 28 49 58 32 | fdplus erscheint viermal im Jahr und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Jahresbezugspreis sonst 20 Euro inkl. MwSt. und Versand.





## Die Operation kleine Bundestagswahl

In der ersten Jahreshälfte können die Freien Demokraten erneut Wahlerfolge einfahren. Das wäre eine vielversprechende Ausgangssituation für die Bundestagswahl im September.



Nils Droste  
Chefredakteur

Es ist die letzte Etappe auf dem Weg zur entscheidenden Bundestagswahl in diesem Jahr. Und es ist die vielleicht wichtigste. Das wissen die beiden Männer, die mit guten Wahlergebnissen die erfolversprechende Ausgangslage der Freien Demokraten festigen wollen. Die Marschroute für die Operation steht fest: Am 7. Mai Schleswig-Holstein und am 14. Mai Nordrhein-Westfalen. Und ebenso die Spitzenkandidaten: Wolfgang Kubicki und Christian Lindner. Die beiden Wahlen unterscheiden sich von der ersten Landtagswahl in diesem Jahr. Im Saarland blieb dem Spitzenkandidaten Oliver Luksic und den Freien Demokraten die Rückkehr in den Landtag verwehrt. „Wir sind enttäuscht, denn auch wir haben selbstverständlich mit unseren Freunden an der Saar auf ein kleines politisches Wunder gehofft“,

erklärte Christian Lindner am Wahlabend. Bei dieser Wahl sei die FDP im wortwörtlichen Sinne aus dem Nichts gekommen. „Leider hat der Anlauf nicht gereicht“, so Lindner. Die CDU habe von der Angst vor einer rot-roten Koalition profitiert, das werde sich in Schleswig-Holstein, in Nordrhein-Westfalen und bei der Bundestagswahl nicht wiederholen. Lindner machte deutlich: „Wir gehen deshalb voller Motivation und mit Coolness in die nächsten Wahlkämpfe.“ Wolfgang Kubicki und die Freien Demokraten Schleswig-Holstein haben bereits losgelegt und ihre Kampagne ausgerollt. Ihre Entscheidung fiel auf Motive, die sich auf den Spitzenkandidaten in natura konzentrieren. Das ist kein Wunder, denn Kubicki verfügt über einen höheren Bekanntheitsgrad als der amtierende SPD-Ministerpräsident



Torsten Albig. „Es geht darum, wie die Menschen ihr Leben selbst in die Hand nehmen können in den nächsten fünf Jahren“, betonte Kubicki bei der Vorstellung seiner Kampagne. Der Slogan lautet entsprechend: „Das Beste für Schleswig-Holstein“. Denn das Land habe die beste Bildung für seine Kinder verdient sowie, eine starke, innovative Wirtschaft, die für den Wohlstand von morgen sorgt und eine Infrastruktur, die jeden mobil macht. Als Ziel für die Landtagswahl hat Kubicki „zweistellig“ ausgegeben. „Auf jeden Fall wollen wir stärker werden als die Grünen“, stellte er klar.

Die FDP Nordrhein-Westfalen hat ebenfalls den Startschuss gegeben. Sie setzt allem voran auf Christian Lindner und legt besonderen Wert auf Ernsthaftigkeit und Seriosität.

die Grünen und damit dritte Kraft in Nordrhein-Westfalen zu werden.

Die Chancen für Wolfgang Kubicki und Christian Lindner stehen sehr gut. Beide können auf komfortablere Umfrageergebnisse bauen als zuletzt im Saarland. In Schleswig-Holstein werden Werte zwischen neun und zwölf Prozent gemessen, in Nordrhein-Westfalen sind es sieben bis elf Prozent. Das führt unweigerlich zu Spekulationen über mögliche Koalitionen in den beiden Ländern. Für Wolfgang Kubicki macht eine Koalitionsaussage derzeit wenig Sinn. Ein echter Politikwechsel ist seine Bedingung für eine Regierungsbeteiligung. Dabei gibt er einer Jamaika-Koalition mit CDU und Grünen den Vorzug. Christian Lindner hat der Verlängerung der rot-grünen Regierungspolitik eine klare



Oliver Luksic bei einem Wahlkampfauftritt

Daher sind die Motive der Kampagne mit den Fotos des Spitzenkandidaten in Schwarz-Weiß gehalten und zeigen ihn authentisch in seinem politischen Alltag. „In diesen besonderen Zeiten geht es nicht um die FDP, es geht erst recht nicht um mich, es geht um unser Land“, unterstrich Lindner bei der Präsentation. Mit dem Stillstand unter Rot-Grün müsse Schluss sein. „Nichtstun ist Machtmissbrauch“ prangt aus diesem Grund auf einem der vorgestellten Plakate. „Wir brauchen Flächen für Wohnungsbau, Investitionen in die Infrastruktur, weniger Bürokratie und ein besseres Bildungssystem“, forderte Lindner. Ziel sei es, stärker als

Absage erteilt. Eine Ampel ist in Nordrhein-Westfalen kategorisch ausgeschlossen, auch zu einem späteren Zeitpunkt. „Wir sind keine Protestpartei, aber im Zweifel machen wir lieber Opposition, als faule Kompromisse zu schließen“, bekräftigte Lindner.

Die Freien Demokraten haben es selbst in der Hand, die nächsten Erfolge bei den Landtagswahlen einzufahren und sich damit in eine aussichtsreiche Ausgangssituation für die Bundestagswahl am 24. September zu bringen. Mit engagierten Wahlkämpfern und einer breiten Unterstützung der gesamten Partei wird die Operation erfolgreich sein.



Wolfgang Kubicki stellt seine Kampagne vor



Christian Lindner präsentiert seine Motive

# Die EU-Beitrittsgespräche mit Ankara müssen beendet werden

Die Bundesregierung tritt lasch gegenüber der Türkei auf. Die Freien Demokraten fordern dagegen klare Konsequenzen für das Gebaren des türkischen Präsidenten.



Caitlin Hardee  
Redakteurin

Der türkische Präsident Erdogan dreht weiter an der Eskalationsspirale. Nach dem Streit um Wahlkampfauftritte türkischer Regierungsmitglieder in Deutschland hat er ein zweites Referendum ins Spiel gebracht. Diesmal soll über den EU-Beitritt der Türkei abgestimmt werden. Zudem wurden Spionageaktivitäten des türkischen Geheimdienstes in Deutschland bekannt. Für die Freien Demokraten gibt es nur eine richtige Konsequenz: Die EU-Beitrittsgespräche mit Ankara müssen beendet werden.

Mit Blick auf die Spionageaktivitäten forderte Wolfgang Kubicki, dem immer autoritärer auftretenden türkischen Staatspräsidenten Grenzen aufzuzeigen. „Unsere Sicherheitsbehörden müssen dringend verhindern, dass Erdogans langer Arm nach Deutschland reichen kann“, verdeutlichte

er. Es sei unerträglich, dass Erdogan auch in der Bundesrepublik versuche, seine Macht mit aller Gewalt durchzusetzen, so Kubicki weiter. Christian Lindner bekräftigte, der bisherigen Laschheit der Bundesregierung gegenüber Erdogan dürfe kein weiteres Kapitel hinzugefügt werden. Die neuen Enthüllungen zur Spionage seien „ungeheuerlich, aber leider nicht mehr überraschend“, konstatierte er. „Ich erwarte, dass der Verfassungsschutz türkische Spionage aufdeckt und unterbindet.“

Gelassen reagierte Alexander Graf Lambsdorff auf das mögliche Referendum über einen EU-Betritt in der Türkei. Die Drohung wirke „wie Säbelrasseln mit Buttermessern“. Rechtlich sei die Türkei zwar noch ein Beitrittskandidat, „faktisch ist sie es schon längst nicht mehr.“ Lambsdorff



Foto: Picture-Alliance

Der türkische Präsident Erdogan während einer Rede

unterstrich: Erdogans innenpolitischen Entscheidungen zur Einschränkung der Grundrechte und der Presse- und Meinungsfreiheit seien seit Jahren das Gegenteil dessen, was ein ernsthafter Beitrittskandidat zeigen müsse. „Das war schon vor dem gescheiterten Putschversuch so und hat sich seither noch beschleunigt und verschärft“, prangerte Lambsdorff die Entwicklung der Türkei an.

Im vorangegangenen Streit um Wahlkampfauftritte türkischer Regierungsmitglieder hatten die Freien Demokraten die Bundesregierung und die EU aufgerufen, weitere Auftritte zu unterbinden und sich an den Niederlanden zu orientieren. „Die Holländer machen vor, wie es geht, die Bundesregierung dagegen eiert herum“, hatte Alexander Graf Lambsdorff kritisiert. Auch Christian Lindner war deutlich

geworden: Merkel müsse die falsche Zurückhaltung gegenüber Erdogan aufgeben, Solidarität mit den Niederlanden vorleben und sich für einen schnellen Schulterschluss der EU einsetzen, statt die Verantwortung „wie bei der Flüchtlingskrise auf die Städte und Gemeinden“ abzuwälzen.

Die rechtliche Grundlage, um Wahlkampfauftritte zu verbieten, hätte es gegeben: Die Richter des Bundesverfassungsgerichts hatten erklärt, dass weder das Grundgesetz noch das Völkerrecht ausländischen Staatsoberhäuptern und Regierungsmitgliedern einen Anspruch auf die Einreise nach Deutschland zur Ausübung amtlicher Funktionen gebe.





# Für eine freiheitliche Gesellschaft und eine gemeinsame Zukunft

Die offene Gesellschaft steht unter Beschuss. Mit dem Gesellschaftsforum wollen die Freien Demokraten sie nicht nur verteidigen, sondern zu ihrer Erneuerung beitragen.



Fabienne Kröber  
Redakteurin

Die offene Gesellschaft ist etwas Wunderbares. Nur in ihr finden Freiheit, Innovation und Kreativität gemeinsam Platz. Doch die Offenheit unserer Gesellschaft ist in diesen Zeiten Angriffen von allen Seiten ausgesetzt, sie steht förmlich unter Beschuss. Liberale Werte sind nicht mehr selbstverständlich. „Das darf kein Grund zur Resignation sein“, hatte Christian Lindner bereits an Dreikönig klargestellt: „Es ist ein Auftrag an alle Liberalen, in diesem Jahr wieder für ihre Werte zu kämpfen.“ Aus diesem Grund haben die Freien Demokraten im Januar das Gesellschaftsforum ins Leben gerufen. Es ist nicht nur ein Beitrag zur Verteidigung der freiheitlichen Gesellschaft, sondern auch zu ihrer Erneuerung. Zur Gründung trafen sich Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur, Medien und Sport in Berlin. Bei die-

sem ersten Gedankenaustausch wurde gemeinsam mit Katja Suding und Marco Buschmann über aktuelle und zukünftige Herausforderungen und liberale Antworten darauf diskutiert. Daraus entstand ein Thesenpapier, in dem das Gesellschaftsforum sein Selbstverständnis darlegt, Aufgaben und Themen benennt. So geht es um die Frage, ob sich die Politik weiter nur um die Ränder der Gesellschaft kümmert oder um die breite Mitte. Oder die Frage, ob weitere Problemen hinterherregiert oder Zukunft gestaltet wird. Diese Debatten will das Gesellschaftsforum befördern und sich einmischen. Dabei sollen auch kontroverse gesellschaftliche Themen nicht ausgespart werden.



Prof. Dr. Ulrike Ackermann



Gerhart Rudolf Baum



Thilo Baum



Nora Bossong



Sabine Christiansen



Dr. Tobias Debuch



Bruno Eyron



Prof. Dr. Jürgen Wilfried Falter



Christoph Giesa



Dr. Dr. Alexander Görlach



Madeleine Gummer v. Mohl



Maximilian Hartung



Prof. Dr. med. Ludwig Theodor Heuss



Prof. Dr. Hans Mathias Kepplinger



Helmut Markwort



Prof. Dr. Reinhard Merkel



Prof. Dr. Max-Konstantin von Renesse



Prof. Dr. Walter Smerling



Prof. Dr. em. Rudolf Steinberg



Prof. Dr. Andreas Wendemuth

## Freie Demokraten ehren Genscher und sein Vermächtnis

Vor einem Jahr verstarb mit Hans-Dietrich Genscher eine liberale Ikone. In einer Feierstunde gedachten die Freien Demokraten seiner und seinem politischen Erbe.



Fabienne Kröber  
Redakteurin

Hans-Dietrich Genscher hat Geschichte geschrieben und Deutschland geprägt. Ein Jahr nach seinem Tod würdigte ihn die Partei mit einer Feierstunde und einem neuen Namen für die Zentrale: Hans-Dietrich-Genscher-Haus. Wolfgang Ischinger, Klaus Kinkel und Christian Lindner erinnerten an den Staatsmann, Menschen und Liberalen.

Nach der Begrüßung durch Nicola Beer sprach zunächst der Diplomat Ischinger über Genscher. Er zeichnete das Bild eines prinzipientreuen Mannes, der hart arbeitete und dabei nie die Menschen aus dem Blick verlor. Ischinger betonte: „Es ging ihm immer um Europa und um ein regelbasiertes internationales System. Ein erfolgreiches und freies Deutschland konnte es nur in einem erfolgreichen und freien Europa geben.“

Kinkel sprach in seiner Rede über den Menschen Genscher. Die beiden Politiker verbanden fast 50 Jahre gemeinsame Arbeit und Freundschaft. Genscher habe mit und in der FDP gelebt. Er sei immer dankbar gewesen für das, was er in seinem langen Leben habe erreichen können. Die Dialogbereitschaft Genschers sei insbesondere zu Zeiten des Kalten Krieges wichtig gewesen, unterstrich Kinkel.

Lindner berichtete von Genschers Politikverständnis: „Liberalismus darf nicht zu einer Buchreligion werden, er ist verpflichtet, sich immer wieder neu zu denken.“ Genscher sei kein Mann des Status quo gewesen. „Er wusste, dass man die Vergangenheit verstanden haben musste, um die Gegenwart zu verstehen und diese Lehren für eine bessere Welt umzusetzen“, so Lindner.



Foto: Caitlin Hardee

Feierstunde mit Marco Buschmann, Nicola Beer, Christian Lindner, Barbara Genscher, Klaus Kinkel, Katja Suding, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Volker Wissing, Cornelia Pieper und Dieter Hallerforden

Der Bundesvorsitzende skizzierte vier Themenkomplexe, die Genscher in besonderer Weise geprägt habe. In der Sozialpolitik habe er immer auf die tatsächlichen Ergebnisse von Politik geschaut. Lindner forderte deswegen mehr Geld in Bildung zu investieren, um individuellen Aufstieg zu ermöglichen. Für Genscher sei Liberalismus die „umfassende Antwort auf jede Form der Unfreiheit gewesen“. Deswegen brauche es sowohl gesellschaftliche als auch wirtschaftliche Freiheit, hob Lindner hervor.

Mit Blick auf die Innere Sicherheit verwies Lindner auf die Verdienste Genschers als Innenminister. Nach dem Olympia-Anschlag 1972 habe dieser die Spezialeinheit GSG 9 ins Leben gerufen. „Die Sicherheitslage richtet sich nicht nach der Stärke der Polizei, deswegen muss sich die Stärke der

Polizei nach der Sicherheitslage richten“, stellte Lindner klar.

Die größte Bedrohung für Europa seien Parteien, die ein Europa der Vaterländer wollten, warnte Lindner. „Natürlich haben wir Interessengegensätze, aber der zivilisatorische Fortschritt besteht doch darin, dass wir diese Konflikte in Sitzungssälen austragen und nicht auf Schlachtfeldern.“

Das Vermächtnis Genschers gebe der FDP eine klare Leitschnur. Lindner schloss mit den Worten: „An diese liberalen Werte möchten wir uns jeden Tag erinnern, wenn wir unsere Parteizentrale betreten. Deswegen verabschiede ich sie heute aus dem Hans-Dietrich-Genscher-Haus in Berlin.“



# „Ich kann nur allen empfehlen, nehmt den Hörer in die Hand und ruft einfach an“

Interview mit dem Neumitglied Alexander Kenderdine. Der Unternehmer ist seit Anfang Februar Freier Demokrat.



Nils Droste stellte die Fragen

## Herr Kenderdine, was hat Sie motiviert, Mitglied der Freien Demokraten zu werden?

Im Wesentlichen die Reglementierungswut der aktuellen Bundesregierung. Ich habe in der Zeitung davon gelesen, dass Herr Maas ein neues Gesetz in Gang bringen möchte, um den Wohnungsmarkt noch stärker zu regulieren. Das wäre die nächste Zündschnur der Enteignung. An dem Tag war zufälligerweise auch noch Freitag, der 13., und dann habe ich gedacht, jetzt machst Du einfach mal etwas.

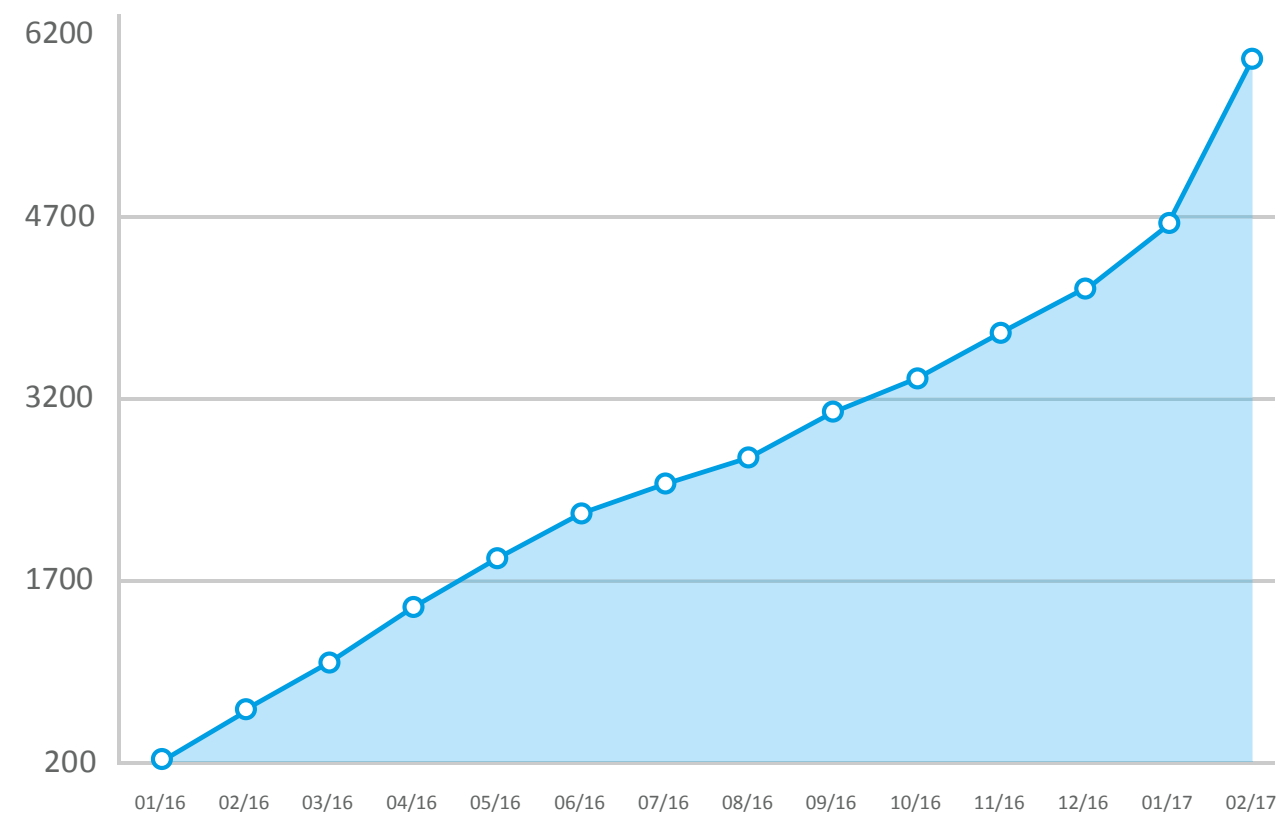
## Und was haben Sie dann gemacht?

Ich habe einen Freundeskreis von Unternehmern und den

habe ich dann angeschrieben. Leute, wir werden zu Tode reglementiert und wir können da jetzt zuschauen oder wir machen selbst etwas. Als Anlage habe ich den Aufnahmeantrag der Freien Demokraten beigefügt. Ich habe geschrieben: Füllt aus und schickt mir den zu, dann organisiere ich das.

## Sie sind also nicht nur selbst Mitglied geworden, sondern haben gleich weitere geworben?

Ja, genau. Dann ist Folgendes passiert: Drei Leute haben sich sofort gemeldet. Wie das nun mal so ist. Dann wäre es einfach dabei geblieben. Deshalb habe ich den Hörer in die Hand genommen und jeden Einzelnen angerufen. Ich



Eintritte seit Anfang 2016 in Summe

habe kein einziges negatives Gespräch geführt. Ich wusste ja nicht, was passiert. Das war komplett positiv. Dann sind wir am Ende 35 geworden.

## Machen Sie mit der Mitgliederwerbung weiter?

Ja. Den Leuten, die jetzt beigetreten sind, denen habe ich eine E-Mail geschrieben: Wenn ich 35 schaffe, schafft jeder von Euch zwei. Das positive ist, dass kein einziges Telefonat umsonst war. Von den Leuten, die jetzt nicht miteingetreten sind, wird Minimum die Hälfte die Freien Demokraten wählen. Die sind jetzt wachgerüttelt worden. Alle leiden unter der Großen Koalition. Es ist Wahnsinn, was da im Moment abgeht.

## Haben Sie denn zum Abschluss noch einen Tipp?

Ich kann nur allen empfehlen, nehmt den Hörer in die Hand und ruft einfach an. Mit jedem Telefonat wird das einfacher. Und dann schreibt eine E-Mail, die muss nicht lang sein. Lange E-Mails liest ja keiner mehr. Einen guten Spruch rein, als Gedankenanstoß und dann hinterhertelefonieren. Da soll einfach jeder seine Bekannten und Freunde anmailen und danach anrufen. Und dann werden die Leute überrascht sein, wie viel positives Feedback da kommt.

# Der Schicksalswahlkampf der Freien Demokraten

Motiviert und geschlossen treten die Freien Demokraten zur Bundestagswahl in diesem Jahr an. Die Vorbereitungen für Wahlkampf und Kampagne sind angelaufen.



Dr. Marco Buschmann  
Bundesgeschäftsführer

2014 hielt fast jeder die FDP für eine stinkende Leiche. Nach den ersten Erfolgen im Jahr 2015 hielten uns viele für eine hohle Konserve mit sehr bunter Verpackung. Nach weiteren Erfolgen im Jahr 2016 hielten uns einige für den nützlichen Idioten, der jeder Koalition die fehlenden Stimmen verschafft. Doch wir haben gezeigt, dass das nicht so ist. Und 2017 soll es jeder wissen, der es hören will oder auch nicht: Mit den Freien Demokraten kehrt die Kraft auf die politische Bühne des Deutschen Bundestages zurück, die für den Glauben der Menschen an sich selbst steht. Wir stecken voller Gestaltungswillen und sind quicklebendig. Die technischen Vorbereitungen für den Bundestagswahlkampf sind bereits in vollem Gange. Das oberste Ziel dabei ist Effizienz. Denn so motiviert die Freien Demokraten auch

sind, so nüchtern sind weiterhin die Fakten: Die Bundesgeschäftsstelle hat nur noch halb so viel Personal wie 2013. Der Wahlkampfetat ist ordentlich, entspricht aber nur einem Bruchteil dessen, was etwa Union oder SPD aufwenden werden und er ist deutlich niedriger als das Budget anderer Parteien wie etwa der Grünen oder Linken. Daher ist Kreativität gefragt.

Die Freien Demokraten besitzen diese Kreativität. Das haben wir bereits bei allen Wahlkämpfen seit 2015 gezeigt: Die Kommunikationsarbeit der Freien Demokraten hat seitdem nahezu jeden relevanten Werbepreis in Deutschland gewonnen. Daher sind wir sehr zuversichtlich, auch für die Bundestagswahl eine überzeugende und ausdrucksstarke Kampagnenlinie entwickeln zu können. Inhaltlicher Aus-



Foto: Gerhold Hinrichs-Henkensiefken

Freie Demokraten beim gemeinsamen Wahlkampf

gangspunkt dafür werden unser Leitbild und das Wahlprogramm sein, das der Bundesparteitag Ende April beschließen wird.

Christian Lindner hatte die Losung ausgegeben: „Ab jetzt ist jeder Wahlkampf ein Wahlkampf der Gesamtpartei.“ Daher waren alle Wahlkämpfe seit 2015 Gemeinschaftsproduktionen der Wahlkämpfer in den Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden sowie der Bundespartei. Auf diese Weise wurden neue Arbeitstechniken eingeführt und die Abläufe zwischen den Ebenen reibungsloser. Das hat den Teamgeist gestärkt. Daher können wir guten Gewissens schon jetzt sagen: Die Freien Demokraten werden als motivierte und geschlossene Truppe antreten, während bei anderen Parteien viel Verunsicherung und Streit besteht. Hier zeigt

sich, dass es gut war, das Jahr 2014 für einen ausführlichen Leitbildprozess zu nutzen.

So effizient die Kampagne auch geplant sein wird, kann sie jedoch eines niemals ersetzen: Das persönliche Bekenntnis unserer Mitglieder und Anhänger für die Freien Demokraten im Kreise von Familie, Freunden und Kollegen. Ihr guter Ruf und ihre Glaubwürdigkeit sind gewichtige Argumente für die Wahlentscheidung vieler Menschen. Wenn jedes unserer 55.000 Mitglieder neun Menschen zusätzlich davon überzeugt, uns zu wählen, dann haben wir schon wieder ein Prozent zugelegt. Jeder kann und jeder muss etwas tun. Denn in diesem Jahr ist eines klar: Alle Freien Demokraten gewinnen oder verlieren gemeinsam.



## Ein Plädoyer für Engagement, Leidenschaft und Überzeugungskraft

Kein ganz normales Wahljahr: In Deutschland und Europa stehen große Entscheidungen an. Der Erfolg des politischen Liberalismus ist dabei von mehr als dem Programm abhängig.



Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué  
Stellvertretender  
Vorstandsvorsitzender

2017 wird ein politisch entscheidendes Jahr. Nach den Niederlanden wird noch in zwei weiteren Gründungsstaaten der Europäischen Union gewählt: in Frankreich der Präsident und in Deutschland drei Landtage und der Bundestag. Die Wahlen stehen unter einem Vorzeichen, wie man sich dies vor einigen Jahren nicht hätte vorstellen können: einer Hochkonjunktur des Rechtspopulismus. Die Partei von Geert Wilders ist in Holland zwar nicht Wahlsieger, aber immerhin zweitstärkste Kraft geworden; und der Front National in Frankreich sowie die AfD in Deutschland beherrschen die Schlagzeilen. Sie stehen für eine Politik der Angst und der Ausgrenzung. Sie wollen zurück in eine geschlossene Gesellschaft: weg von der Globalisierung, weg von Handel und Freizügigkeit, weg vom Fortschritt durch freies

Denken und freies Wort. Es ist das Gegenteil dessen, wofür die liberalen europäischen Demokratien seit Mitte des 20. Jahrhunderts gestanden haben.

Es geht deshalb 2017 auch in Deutschland nicht um ein ganz normales Wahljahr, sondern um eine Richtungsentscheidung. Gelingt es die Menschen zu überzeugen, dass unsere Demokratie zukunftsfähige Antworten auf die großen Herausforderungen der Welt bereithält? Es gilt, den Wählern klarzumachen, dass unsere Demokratie genau dies leisten kann – durch ein liberales Programm. Mehr Wohlstand, der allen nützt; mehr Rechtsstaat, der konsequent durchgesetzt wird; und mehr Schutz vor Terror durch professionelle Arbeit von Polizei und Sicherheitsdiensten – das sind die großen Themen, die anstehen. Es sind Themen, die



Infostand der Stiftung als Ort des politischen Gesprächs und direkten Austauschs

den vielen Menschen in der Mitte der Gesellschaft auf den Nägeln brennen. Diese Menschen sind es, die in Deutschland verunsichert wurden. Die Große Koalition hat massiv Vertrauen verspielt: Superreiche und Flüchtlinge haben die politische Aufmerksamkeit beherrscht – und nicht die Sorgen der über 40 Millionen Bürgerinnen und Bürger, die in Deutschland täglich hart arbeiten und für ihre Familien sorgen.

Allerdings: Um erfolgreich zu sein, braucht der politische Liberalismus mehr als ein zukunftsweisendes Programm. Er braucht Menschen, die auf die Straße gehen und das liberale Programm vertreten – selbstbewusst, vernünftig und mit Engagement, Leidenschaft und Überzeugungskraft. Das geschieht in erster Linie im persönlichen Gespräch mit den

Bürgerinnen und Bürgern. Wohlgemerkt: Dies ist auch heute noch so, im Zeitalter des Internets und der sozialen Medien. Tweets, Likes und Shares an Computer, Smartphone und Tablet, das sind wichtige Mitteilungen und Positionsbestimmungen, aber sie können nicht den menschlichen Kontakt ersetzen. Erst der macht den Wählern klar, wie ernst die Liberalen ihre Botschaft nehmen und vertreten, mit voller Kraft und vielleicht auch einer Prise Humor.

Meine Erfahrung zeigt: Es ist der unbedingte persönliche Einsatz, der überzeugt und eine sportliche Sympathie schafft. Die Menschen sagen dann: „Wer so motiviert für sein politisches Programm kämpft, der gehört ins Parlament!“ So muss es auch bei den Wahlen 2017 sein, und zwar in ganz Deutschland. In diesem Sinne: Auf ins Gespräch!

# Für ein Volk von Eigentümern: Immobilienerwerb erleichtern

Die Freien Demokraten wollen den Kauf einer selbstgenutzten Wohnimmobilie fördern. Der Vorschlag der FDP-Fraktionen ist ein Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer.



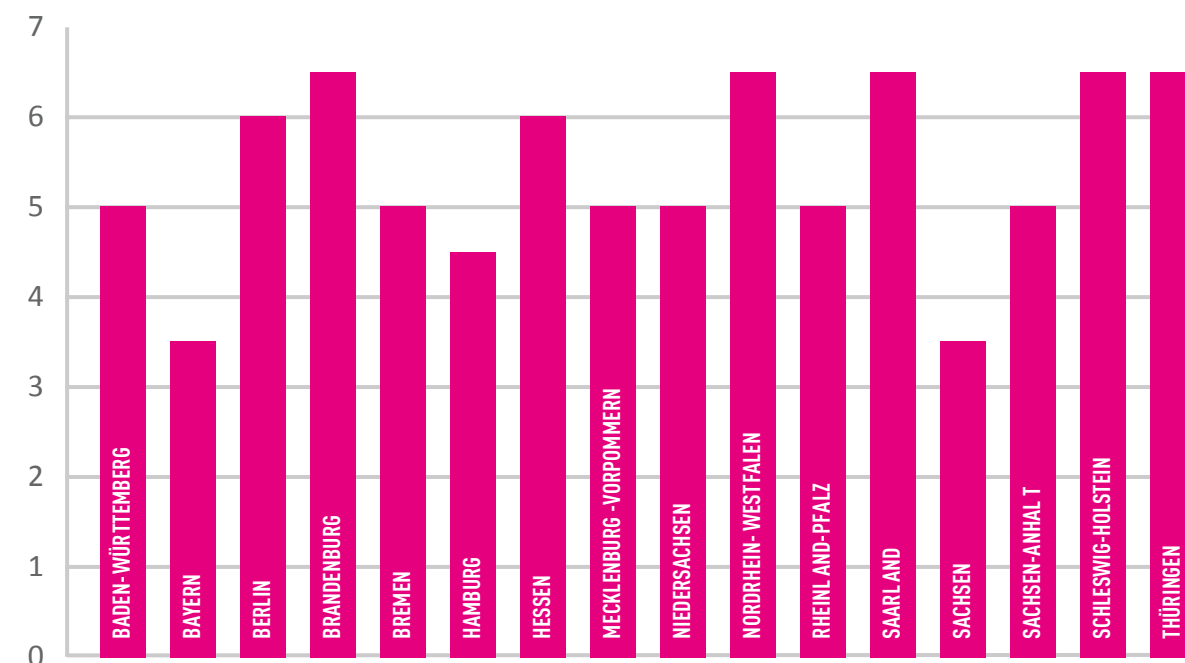
Dr. Thomas Hahn  
Redakteur

Das eigene Heim bleibt für viele ein Traum. Ein Grund sind die hohen Nebenkosten, die ein Immobilienerwerb mit sich bringt: Maklerprovision, Gebühren für Notar und Grundbucheintragung – und vor allem die Grunderwerbsteuer, die immer weiter steigt. Gerade diese bremst die Wohneigentumsbildung in Deutschland. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut der deutschen Wirtschaft in einer Studie für die FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz. „Wir brauchen einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer“, fordert deshalb deren Sprecher Christian Dürr. Der Kauf einer ersten selbst genutzten Immobilie soll bis zu einem Kaufpreis von 500.000 Euro steuerfrei bleiben.

„Eigentum darf kein Luxus für wenige sein“, meint auch Christian Lindner. Mit der staatlichen Preistreibe-  
riei müsse

Schluss sein. Die Vorschläge der anderen Parteien – staatliche Eigenkapitalzuschüsse oder ein Baukindergeld – hält der FDP-Fraktionschef im Landtag von Nordrhein-Westfalen für den falschen Weg: Die Mittel reichten in den meisten Bundesländern nicht einmal aus, um die erhöhte Grunderwerbsteuer zu begleichen. „Der Bund gibt jungen Familien ein Taschengeld, das die Länder direkt einkassieren“, kritisiert Lindner.

Die FDP-Fraktion Bremen hat bereits eine konkrete Entlastungsinitiative in die Bürgerschaft eingebracht. Das Ziel: eine Bundesratsinitiative der Hansestadt. Für Fraktionschefin Lencke Steiner hat sich die Grunderwerbsteuer inzwischen zur „Eigenheim-Bremse“ entwickelt. Da sie nicht per Kredit finanziert werden kann, erhöht sich der Eigenkapi-



Höhe der Grunderwerbsteuer in den Bundesländern in Prozent

talbedarf. Viele junge Familien könnten das nicht schultern, so die Kritik der Bremer FDP-Abgeordneten. Der Freibetrag setze wieder einen „Anreiz zum Kauf eines Eigenheims“. Angesichts des demografischen Wandels und der niedrigen Zinsen ist die Zukunft von Rentenkassen und Pensionsfonds unsicherer denn je. Aus Sicht der Freien Demokraten macht das die eigene Immobilie umso wichtiger. „Die beste Altersvorsorge ist, später mietfrei wohnen zu können“, ist Christian Lindner überzeugt. „Deshalb wollen wir ein Volk von Eigentümern statt Volkseigentum.“ Auch Lencke Steiner betont die Bedeutung eines Eigenheims als Baustein der Altersvorsorge: „Wohneigentum schützt vor Altersarmut.“ Mit den Bundesländern geht Christian Dürr hart ins Gericht: „Schwarze, rote und grüne Landesregierungen haben

in den letzten Jahren ständig an der Grunderwerbsteuerschraube gedreht.“ Das habe nach Schätzungen des Bundesfinanzministeriums 2016 mehr als zwölf Milliarden Euro in die Kassen der Länder gespült – doppelt so viel wie vor fünf Jahren. Der niedersächsische FDP-Fraktionschef hält das für „dreiste Raffgier“. Weil man sich immer neue Wohlgefühlprojekte für die eigene Klientel leiste, sollten die Bürger immer mehr von ihrem hart erarbeiteten Geld abgeben. „Der fehlende Sparwille der Politik trifft Mieter und junge Familien, die sich mühsam die eigenen vier Wände erarbeiten wollen“, so Dürr. Es müsse den Menschen leichter gemacht werden, voranzukommen – etwa mit einer niedrigeren Grunderwerbsteuer.



FÜR UNSERE  
GESUNDHEIT  
HAT **INSELARZT MARTIN**  
700 SPRECHZIMMER.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem  
der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter [www.pkv.de/martin](http://www.pkv.de/martin)

**IHRE PRIVATEN  
KRANKENVERSICHERER**

